

JOACHIM ZELLER

# Bezirke finanziell stranguliert

Die Alarmglocken müssen läuten: Der SPD-Finanzsenator kürzt die Gelder für die sozialen Leistungen massiv. Den Bezirken sollen für die kommenden Jahre bis zu zwei Drittel der bisherigen notwendigen Mittel gestrichen werden. Die Bezirke sind vom Bund und vom Land zu gesetzlichen Leistungen verpflichtet; das Geld dafür wird uns verweigert.

Ein Beispiel ist die „Hilfe zur Erziehung“. Wenn Eltern in besonderen Notlagen mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, das Wohl des Kindes auf dem Spiel steht, womöglich die Gefahr besteht, dass das Kind völlig verwaist, muss der Staat eingreifen.

Das Statistische Landesamt sagt in seinem letzten Bericht sogar steigenden Bedarf in diesem Bereich voraus. Gleichzeitig will der Senat den Bezirken die notwendigen finanziellen Mittel verweigern. Die Bezirke können aber den Familien die Hilfe nicht verweigern. Theoretisch müssten dann ande-

re notwendige Maßnahmen wegfallen: etwa die Reparatur oder gar Sanierung von Schulen, Kindergärten oder Spielplätzen oder auch Straßenausbesserungen. Aber auch dort sind wir derzeit höchstens noch zur Gefahrenabwehr in der Lage.

Mit dieser Politik hebelt der rote Senat unser gesamtes Gemeinwesen aus. Er hebelt ein Minimum an kommunaler Selbstbestimmung aus; dies führt zum Ausbluten der Bezirke. Sparen muss sein. Aber die kommunale Daseinsvorsorge und –fürsorge darf dabei nicht völlig auf der Strecke bleiben. Vielleicht ist das aber auch die Strategie des rot-roten Senats: Durch die handlungsunfähigen Bezirke wird alles zentralisiert. Ob das aber in einer 3,5 Millionen-Stadt die richtige Strategie ist?

Die CDU vertraut auch auf die Kraft des Einzelnen, auf Freiheit und Verantwortung. Das, was Menschen – auch in der Gemeinschaft mit anderen – selbst in die

Hand nehmen können, sollen sie tun. Das was in kleinen Einheiten vor Ort erledigt werden kann, soll vor Ort erledigt werden. Deshalb wollen wir eine Stadtpolitik, die auf die Kraft, den Leistungs-

willen und Leistungsbereitschaft der Menschen baut. Wir wollen starke Bezirke, effiziente Verwaltungen und eine echte kommunale Selbstverwaltung. Bezirksverordnete müssen über die Belange der örtlichen Ebene wirklich beraten und entscheiden können. Die Zuständigkeiten müssen für Einwohner und Wirtschaftende durchschaubar und einsehbar sein. Dazu gehört auch eine Finanzverfassung, in der Leistungsvermögen und Aufga-

benverteilung zur Deckung kommen. Die Bürger in unserer Stadt sollen die Gewissheit haben, dass die Aufgaben in der kommunalen Ebene auch erfüllt werden können. Dazu gehört, dass, selbstver-

ständlich bei sparsamsten Umgang mit den Finanzen, die Mittel für die zwingend zu erfüllenden gesetzlichen Aufgaben auch bereitgestellt werden. Oder aber, die Gesetze müssen geändert werden. Dazu fehlt aber Rot-

der Mut. Lieber mogelt der Senat sich in die Tasche: der Bürger wird auf die Gesetze verwiesen. Das Geld, um diese zu befolgen, wird den Bezirken aber verweigert. So wird Politik unglaublich unwürdig.



„The Matrix“ hat Maßstäbe gesetzt. Am 22.5. wird nachgeladen. „The Matrix - Reloaded“, heißt der zweite Teil. Die Werbe-Partner standen Schlange, um ihre Produkte im Film zu zeigen. Und im Herbst folgt schon das dritte Werk. (dr)



Eine „Unendliche Geschichte“ - Schröders platzende Seifenblasen. Jump, Aufstand der Anständigen, Uneingeschränkte Solidarität, Deutscher Weg, Hartz, Rührupp etc. - aktuell läuft „Agenda 2010“. Fortsetzung folgt. Leider. (dr)

## ZIMMER ZUR SENKUNG DER PERSONALKOSTEN

# Rot-Rot braucht neue Strategie

Das Arbeitsgericht Berlin hat in seiner jüngsten Entscheidung den Austritt des Landes aus dem kommunalen Arbeitgeberverband für rechtswidrig erklärt. Diese Entscheidung sei die Bestätigung dafür, dass die Position der CDU-Fraktion zur Senkung der Personalkosten richtig ist, erklärte dazu deren haushaltspolitischer Spre-

cher, Nicolas Zimmer. Nach dem Urteil warf Zimmer dem Senat vor, Gesetzesinitiativen weder ausreichend auf ihre Rechtsformigkeit noch auf ihre betriebs- und volkswirtschaftliche Wirkungsweise zu prüfen. Am Ende regiere das Chaos.

Zimmer weiter: „Das, was wir jetzt brauchen, ist endlich ein

wirklicher Dialog zwischen Senat und Gewerkschaften über ein geschlossenes Konzept zur Entlastung des Haushalts. Dies muss auch den Stellenpool und die Vorgaben der Senatsfinanzverwaltung zur Entlastung des Personalhaushalts berücksichtigen.“

Die CDU-Fraktion habe dazu mit ihren Gesetzesinitiativen bereits

umfangreiche Vorarbeiten geleistet. Wir bieten dem Senat an, sich unseren Vorschlägen anzuschließen, sagte Zimmer. Der Senat dürfe nicht länger mit seinen nicht durchdachten und schlecht vorbereiteten Entscheidungen Handlungsfähigkeit vortäuschen, wo nur blanker Aktionismus herrscht.



PETER KURTH

# Senat untätig bei Ausbildungsplätzen

Auch in diesem Jahr besteht die Gefahr, dass mehrere tausend Jugendliche in Berlin vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen. Im krisengeschüttelten Handwerk sind alleine etwa 3000 Ausbildungsplätze gestrichen worden. Viele Betriebe kämpfen ums Überleben und denken angesichts der Unsicherheit über die eigene Zukunft nicht an die beruflichen Chancen junger Menschen. Das ist fatal. Denn es gibt einen engen Zusammenhang zwischen drohender Arbeitslosigkeit und einer abgeschlossenen Ausbildung. Wer also Ar-

beitslosigkeit von morgen wirklich bekämpfen will, muss heute alles daran setzen, dass jeder Jugendliche die Chance auf eine Lehrstelle



bekommt. Was tut der Senat? Im Koalitionsvertrag gibt's noch das vollmundige Versprechen, dass jeder Jugendliche eine Ausbildung bekommt, die Realität sieht anders aus. Die Haushaltsmittel hierfür wurden innerhalb von zwei Jahren um etwa ein Drittel zusammengestrichen. Die Lehrstellen in landeseigenen Anstalten und Unternehmen wurden überdurchschnittlich reduziert. Und auch die Verwaltung wird ihrer Ausbildungsverantwortung nicht in dem erforderlichen Ausmaß gerecht. Die CDU setzt sich in vie-

len Gesprächen mit Betrieben, die eine Lehrstelle schaffen können, dafür ein, dass jungen Menschen Chancen geschaffen und nicht verbaut werden. Wir kämpfen gegen Pläne der Bundesregierung, die weiter an der Kostenschraube für Unternehmen drehen will, anstatt Unternehmen endlich von Bürokratie und Abgaben zu befreien. Und wir werden den Senat nicht aus seiner Verpflichtung entlassen. Hohle Versprechen helfen keinem. Gefragt sind Taten. Damit junge Menschen nicht morgen auf der Straße stehen.

NÄCHSTE  
BR- AUSGABE:  
14. JUNI  
2003

**SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ**

**SAFETY**

OBJEKTSCHUTZ  
REVIERKONTROLLE  
VERANSTALTUNGSDIENST  
ALARMZENTRALE  
ALARMVERFOLGUNG  
ARBEITS SICHERHEIT

KURIERDIENST  
GLAS- UND  
GEBÄUDEREINIGUNG  
ERRICHTUNG VON  
SICHERUNGS- UND  
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH  
Stralauer Allee 35 10245 Berlin

Tel.: 0 30/29 33 94-0 · Fax: 0 30/29 33 94-11